

Dialog über die Integration am Arbeitsplatz

## **Integration: Staat und Wirtschaft handeln gemeinsam**

Medienmitteilung, 30. Oktober 2012, Sperrfrist: 12.15 Uhr

**Bund, Kantone, Städte und Gemeinden sowie Wirtschaftsverbände haben sich heute in Bern auf gemeinsame und messbare Ziele geeinigt, um die Integration von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern. Am Dialog über die Integration am Arbeitsplatz stellte die Wirtschaft erste konkrete Beiträge zu diesen Zielen vor. Der Dialog ist eine Initiative der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK).**

TAK-Präsident Guy Morin, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, erinnerte an die zweite Nationale Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011. Damals war die Strategie zur Stärkung der schweizerischen Integrationspolitik, die Bund, Kantone, Städte und Gemeinden im Rahmen der TAK gemeinsam erarbeitet hatten, öffentlich diskutiert worden. Nunmehr solle sie im Dialog mit nicht-staatlichen Organisationen und privaten Akteuren umgesetzt werden.

Gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten

Gemeinsame Interessen auch gemeinsam anpacken: Das sei der Sinn des Dialogs, hielt Bundesrätin Simonetta Sommaruga fest. Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements unterstrich, dass die zunehmende Einwanderung hauptsächlich auf die Nachfrage der Wirtschaft zurück gehe. Es sei auch im Interesse der Wirtschaft, dass sich Ausländerinnen und Ausländer erfolgreich und nachhaltig integrierten. Für diese seien Sprachkenntnisse und berufliche Qualifizierung äusserst wichtig, um im wirtschaftlichen Strukturwandel zu bestehen. Neben ihrem guten Willen und wirksamen staatlichen Angeboten sei daher auch ein aktiver Beitrag der Wirtschaft nötig. Ganz besonders sei darauf zu achten, die Integration von zugewanderten Frauen zu fördern, indem ihnen der Weg zum Arbeitsmarkt geebnet werde.

Die Sozialarbeiterin und Systemtherapeutin Rozan Kayra, die in der Schweiz als Flüchtling aufgenommen wurde, verwies auf die Hürden in ihrem Integrationsprozess wie zum Beispiel ungeeignete Sprachkurse. Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer, ob Arbeitskräfte oder Flüchtlinge, wolle sich integrieren: „Wir sind bereit, vieles dafür zu leisten, aber wir schaffen es nicht alleine. Wir brauchen das Engagement von Staat und Wirtschaft.“

Enge Zusammenarbeit zentral

Der Waadtländer Regierungsrat Pascal Broulis, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, erklärte, dass Bund, Kantone und Kommunalverbände hinter der Personenfreizügigkeit stünden, von der die Schweiz wirtschaftlich profitiere. Damit sich die Zuwanderer erfolgreich integrieren könnten, sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft zentral. Die Schwerpunkte sollen in den nächsten Jahren bei den Themen Information und Sensibilisierung, Sprache und Bildung sowie Arbeitsmarktintegration

liegen. Wichtig sei auch, Arbeitgeber dafür zu sensibilisieren, Stellen mit hier lebenden Arbeitskräften zu besetzen, anstatt immer mehr Personal im Ausland zu rekrutieren.

Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, erklärte für die beteiligten Arbeitgeberverbände, viele Unternehmen förderten die Integration ihrer Angestellten heute schon aktiv. Den Arbeitgebern dürften nicht zusätzliche Kosten aufgebürdet werden. Die Verbände seien bereit, gezielt über Integrationsfragen und staatliche Förderangebote zu informieren. So werde der Gewerbeverband ein Merkblatt verteilen, um die Vorteile einer guten Integration von Angestellten aufzuzeigen und den Arbeitgebern praktische Hinweise zu geben.

#### Staatliche Anstrengungen unterstützen

Klaus Künzli, Präsident von GastroSuisse, präsentierte die Schulungsoffensive „Gut informiert – besser integriert“. Die Themen Integration und interkulturelle Kommunikation seien ein fixer Bestandteil des Lehrplans der Gastro-Unternehmerausbildung. Ab 2013 würden sie auch in die erste Ausbildungsstufe aufgenommen, die jährlich rund 1000 Personen absolvieren. Damit werde die Breitenwirkung erhöht, um Führungskräfte zu ermuntern, aktiv zur Integration ihrer Angestellten beizutragen.

Heinrich Bütikofer, Vizedirektor des Schweizerischen Baumeisterverbands, erläuterte das Pilotprojekt „Deutsch auf der Baustelle“ der Sozialpartner im Bauhauptgewerbe: Im Wintersemester 2012/13 werden insgesamt rund 50 Bauarbeiter in Basel, Bern, Frauenfeld und St. Gallen auf der Baustelle wöchentlich zwei kostenlose Deutschlektionen besuchen. Die Sozialpartner hätten die Absicht, das Projekt nach der Pilotphase auf das ganze Land auszuweiten. Sie wollen damit die staatlichen Anstrengungen zur sprachlichen Integration unterstützen und die Qualifikation der Bauarbeiter steigern.

#### Fortsetzung des Dialogs auf regionaler Ebene

Marcel Guignard, Stadtamman von Aarau und Präsident des Schweizerischen Städteverbandes, erklärte auch im Namen des Schweizerischen Gemeindeverbands, Städte und Gemeinden wollten den starken Impuls des Integrationsdialogs zwischen Staat und Wirtschaft von der nationalen auf die regionale Ebene weiter tragen. Um innovative und erfolgreiche Beispiele breit bekannt zu machen, sei eine Webseite eingerichtet worden ([www.dialog-integration.ch](http://www.dialog-integration.ch)). Sie solle nicht nur informieren, sondern dazu motivieren, sich im Integrationsdialog zu engagieren.

#### **Weitere Auskünfte:**

Guy Morin, TAK-Präsident, 079 686 93 53

Thomas Minger, Leiter Innenpolitik Konferenz der Kantonsregierungen, 079 263 81 80

Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband, 079 373 52 18

Jean-François Rime, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, 079 230 24 03

Klaus Künzli, Präsident GastroSuisse, 044 377 53 53

Matthias Engel, Mediensprecher Schweizerischer Baumeisterverband, 078 720 90 50

Gaby Szöllösy, Chefin Information und Kommunikation BFM, 031 325 98 80